

AUGE/UG	<i>Übernahme statt Fremdvergabe! Keine weiteren Privatisierungen und Einsparungen mittels Fremdvergabe im Wiener Krankenanstaltenverbund (KAV)</i>
10	
Zuweisung	Ausschuss Angelegenheiten des Öffentlichen Dienstes

Der Antrag wird va damit begründet, dass externe Arbeitskräfte meist schlechter bezahlt sind, als Gemeindebedienstete und auch schlechtere Arbeitsbedingungen vorfinden. Außerdem sollte die Personalvertretung der jeweiligen Krankenanstalt auch für diese externen Arbeitskräfte zuständig sein.

Im Ausschuss wird von einer am 16.10.2013 stattgefundenen Unterredung mit der Geschäftsführung des KAV berichtet. Neben Vertretern der GDG-KMSfB waren auch Personalvertreter bei dieser Besprechung. Die Geschäftsführung stellte das Projekt „Sourcing-Strategie“ vor, wonach künftig jede Fremdvergabe bzw. Beschäftigung überlassener Arbeitskräfte vorab im Wege einer Kosten/Nutzen-Analyse zu bewerten sein wird. Nur wenn die Einsparung mehr als 10 % beträgt, solle in Zukunft Outsourcing oder Beschäftigung überlassener Arbeitskräfte in Erwägung gezogen werden. Ein erstes Ergebnis dieses Projekts wird für Frühjahr/Sommer 2014 erwartet.

Seitens des Kammerbüros wird angemerkt, dass der nur auf den Wr. KAV abzielende Antrag insofern problematisch sein kann, als private Krankenanstaltenträger (inklusive Ordensspitäler) davon nicht erfasst sind und demnach kostengünstiger operieren könnten. Im Sinne des verfassungsrechtlichen Gleichheitssatzes sollten auch die beiden Anträge unabhängig von den Rechtsträgern der Anstalten verstanden werden. Darüber besteht Einvernehmen unter allen anwesenden Ausschussmitgliedern.

Vorgeschlagen wird, zur nächsten Ausschusssitzung eine/n ExpertIn zu gesundheitspolitischen und -ökonomischen Fragen aus dem Kammerbüro beizuziehen, um die finanziellen Auswirkungen eines allfälligen Wieder-Eingliederns zu bewerten. Falls zugänglich, sollen allfällige Zwischenergebnisse des KAV-Projekts in der nächsten Ausschusssitzung berichtet werden.

Diese Vorschläge werden von allen Anwesenden begrüßt; das Kammerbüro wird sich um die geforderte Expertise für die nächste Ausschusssitzung bemühen.